

Wahlen 2009 in Luxemburg

Parteien äussern sich zu Fragen über
Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Eine Bewertung von „Votum Klima“
18. Mai 2009



Bewertung der Antworten der Parteien auf die Fragen von „Votum Klima“

Als positiv zu bewerten ist, dass

- sämtliche Parteien die Förderung der Bereiche Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung unterstützen wollen und darin eine Chance für Wirtschaft und Arbeitsplätze erkennen.
- die Forderungen zur Abstimmung der sektoriellen Pläne sowie die Forderungen im Bereich „Öffentlicher Transport“ von fast allen Parteien geteilt werden.
- DP, Déi Gréng, ADR, Déi Lénk sowie zum Teil die LSAP mittlerweile die Notwendigkeit einer Strukturreform innerhalb der Regierung erkannt haben.
- es bei fast allen Parteien Zustimmung zu der Frage um die Einführung einer „Fiche technique Climat“ gab, anhand derer alle Projekte auf ihre „Klimakompatibilität“ hin untersucht werden sollen.
- alle Parteien generell darüber übereinstimmen, dass Programme ausgearbeitet werden müssen, damit Klimaschutzmaßnahmen sozialverträglich gestaltet werden können. Hier unterscheiden sich jedoch die vorgeschlagenen Maßnahmen der einzelnen Parteien erheblich.
- es bei den Parteien bezüglich der Schaffung von „Green Jobs“ und der Lösung von Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt eine generelle Zustimmung gab.
- fast alle Parteien der Meinung sind, dass der Finanzplatz Luxemburg eine aktive Rolle beim Klimaschutz spielen sollte, jedoch gehen auch hier die Vorstellungen weit auseinander.

Als „erstaunlich“ (im positiven Sinne) bewertet Votum Klima

- die Tatsache, dass alle Parteien Alternativen zum sogenannten „Tanktourismus“ entwickeln wollen, dem grössten Einzelverursacher der luxemburgischen Treibhausgas-Emissionen und jahrelanges Tabu-Thema der luxemburgischen Klimaschutzpolitik.
- das Befürworten sämtlicher Parteien, was die Stärkung der Gemeinden beim Klimaschutz angeht. Erstaunlich deshalb, da dieses Ziel in der aktuellen Legislaturperiode blockiert wurde.

Als nicht zufriedenstellend beurteilt Votum Klima

- die Haltung von CSV und LSAP zur Treibhausgasreduktions-Forderung von mindestens 30% bis 2020
- die Stellungnahme der gleichen Parteien bezüglich des weiteren Zukaufs von Emissionsrechten
- dass sich immer noch Parteien scheuen, eine klare Position zu beziehen, was die notwendigen Strukturveränderungen innerhalb der Regierung mit dem Ziel einer effizienten und kohärenten Klimaschutzpolitik angeht (Stichwort „Zukunftministerium, Klimacheck, Partenariat mit Gemeinden“).
- dass sich auch in der Frage, ob und wie die Industrienationen die Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen sollen, teilweise um konkrete Zusagen herumgedrückt wird.

Themenbereich 1: Luxemburg's Treibhausgas-Reduktionsziele bis 2020

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, die luxemburgischen Treibhausgasemissionen um mindestens 30% bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, unter der Voraussetzung, dass diese Reduktionen durch inländische Massnahmen erzielt werden müssen ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Unter der Voraussetzung, dass auch die anderen Industrieländer sich anschließen, muss Luxemburg zu großen Anstrengungen bereit sein. Dabei muss auf das ausgewogene Zusammenspiel der Maßnahmen sowie die spezifische Situation Luxemburgs beachtet werden
LSAP		x		Die Europäische Union hat eine integrierte Strategie in den Bereichen Energie und Klimaschutz vorgelegt und strebt EU-weit bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent an. Gegebenenfalls könnte dieses Einsparziel sogar auf 30 Prozent erhöht werden, sofern es zu einer internationalen Einigung kommt. Während der Emissionshandel europaweit vereinheitlicht wird, wurden die Ziele in den anderen Sektoren weiterhin auf nationaler Ebene festgelegt. Gegenüber den Treibhausgasemissionen von 2005 schwanken die nationalen Einsparziele von -20 bis +20 Prozent. Für Luxemburg wurde ein 20-prozentiges Reduktionsziel zurückbehalten. Die LSAP sieht keinen zwingenden Grund von diesen Vereinbarungen abzuweichen. Es ist ein realistisches Ziel.
DP	x			
Déi Gréng	x			Wir sind im Prinzip mit diesem Ziel einverstanden, um innerhalb der Regierung sowie auch nach außen klar erkennen zu geben, dass viel getan werden muss. Für das Erreichen dieses Ziels durch inländische Maßnahmen ist jedoch ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel nötig, der realistisch innerhalb dieses Zeitraumes kaum zu bewältigen ist. Außerdem setzt die dazu nötige finanziellen Umstrukturierungen des Luxemburger Haushaltes, der nur aufgrund von Einnahmen durch eine emissionstreibende Politik der letzten 15 Jahre (siehe Einnahmen aus Tanktourismus) im Gleichgewicht gehalten werden konnte, eine globale nachhaltige Steuerreform voraus, die ebenfalls in diesem Zeitraum kaum voll zum Tragen kommen wird. Trotzdem wollen wir dies angehen.
ADR	x			Grundsätzlich ja; es stehen aber viele Fragen offen, z.B.: die der Ausgangsbasis, des Tanktourismus, der Anrechnung tatsächlicher Reduktionen aufgrund von Kooperationen im Ausland.
Déi Lénk	x			Die Wälder und Ozeane können nur etwa die Hälfte der Emissionen verarbeiten, die zur Zeit ausgestoßen werden. Die Kyoto-Ziele sind also noch ungenügend; auch die Zielsetzung "mindestens 30% bis 2020" gilt nur vorläufig und muss sicherlich nachgebessert werden. Es ist daher wichtig, die Nachfolgeverhandlungen von Kyoto im Auge zu behalten, Zwischenbilanzierungen einfließen zu lassen und die Ziele nach oben zu schrauben.

Themenbereich 2: Zu Hause handeln statt Emissionsrechte kaufen

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, nach einem Moratorium¹ für den Ankauf von CDM-Rechten bis 2012, den Verkauf der erworbenen Rechte aus Senken-Projekten und einer eingeschränkten Nutzung von Rechten aus Flexiblen Mechanismen nach 2012, sofern der CDM reformiert ist und der Ankauf nur zusätzlich zu mindestens 30 % inländischen Reduktionen stattfindet ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Luxemburg schafft diesen energetischen umweltschützerischen Kraftakt nicht in dieser Zeitspanne, muss aber umgehend seine Politik verändern
LSAP		x		Die LSAP setzt sich für eine Evaluierung von CDM-Projekten ein. Kurzfristig, d.h. bis 2012, verfügt Luxemburg jedoch nicht über genügend Reduktionspotenzial, um sein Reduktionsziel gänzlich ohne die Nutzung flexibler Mechanismen erreichen zu können, es sei denn, Luxemburg verzichtet ab sofort auf den Treibstoffexport. Luxemburgs übermäßige Abhängigkeit vom so genannten Tanktourismus ist auf zwar Dauer nicht zu halten, die LSAP will jedoch einen schrittweisen Ausstieg aus dem Treibstoffexport, der es ermöglicht den damit verbundenen Steuerausfall abzufedern.
DP	x			
Déi Gréng	x			mit folgender Einschränkung: Luxemburg muss 2012 durch eigene Maßnahmen und durch flexible Mechanismen das gesetzte Ziel erreichen. Es ist unklar, ob dies mit den bereits erworbenen Emissionsrechten ausreichen wird. Unsere Prioritäten sind klar: inländische Maßnahmen vor ET und JI vor CDM. Zertifikate aus Senken-Projekte sind für uns tabu. Falls wir trotzdem auf zusätzliche CDM-Projekte bis 2012 zurückgreifen müssten, dann nur unter strengen Additionalitäts- und Nachhaltigkeitskriterien sowie Offenlegung der Projekte.
ADR	x			
Déi Lénk	x			Der Handel mit Emissionsrechten bringt nicht nur nichts für den Klimaschutz, er ist auch und vor allem ein neoliberales Üding. Déi Lénk sind grundsätzlich dagegen.

¹ Ein Moratorium für den Ankauf von CDM-Rechten bedeutet: einstweiliger Ankaufsstopp, Evaluierung der CDM-Projekte, für welche Luxemburg bislang Emissionsrechte gekauft hat, Evaluierung und Restrukturierung des Kyoto-Komitees, Ankauf von CDM-Rechten bis 2012 nur zusätzlich zu einheimischen Reduktionsmaßnahmen und unter strengen Additionalitäts- und Nachhaltigkeitskriterien sowie Offenlegung der CDM-Projekte.

Wird Ihre Partei sich auf europäischer und internationaler Ebene für eine Reform des umstrittenen CDM-Mechanismus mit u.a. schärferen Kriterien für Zusätzlichkeit und den Beitrag der Projekte zur nachhaltigen Entwicklung im Gastland einsetzen?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Frage schwer verständlich formuliert CSV wird sich dafür einsetzen, dass Luxemburg bei der UN-Konferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen sich bei allen Aspekten für nachhaltige Entscheidungen einsetzt.
LSAP	x			
DP	x			
Déi Gréng	x			
ADR	x			
Déi Lénk	x			Nachhaltige Entwicklungsprojekte sind auf jeden Fall zu fördern, auch wenn wir sie nicht im Kontext des Handels mit CDM-Rechten sehen. Es geht darum, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer ihr Recht auf Entwicklung (industrielle Entwicklung einbegriffen) wahrnehmen können, ohne dass sie dabei die Ausbeutung der Natur (und der Menschen) und die Belastung des Planeten auf die Art und Weise nachahmen, wie es im Norden seit Beginn der industriellen Revolution geschehen ist.

Themenbereich 3: Klimagerechtigkeit und die finanzielle Bringschuld der Industrienationen gegenüber Entwicklungsländern

Wird Ihre Partei sich (auf EU-Ebene sowie im Rahmen der Verhandlungen zum Kyoto-Nachfolgeabkommen) dafür einsetzen, dass den Entwicklungsländern zusätzlich zur Entwicklungshilfe umfangreiche finanzielle Mittel in der oben genannten Größenordnung zur Anpassung gegen Klimawandelfolgen und zum Aufbau einer klimafreundlichen Energieversorgung sowie Hilfe zum Schutz gegen Katastrophen gewährt wird ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Die CSV will die Entwicklungshilfe weiter ausbauen und als Hauptimpulsgeber in der EU darauf hinwirken, dass Vereinbarungen, die unter luxemburgischer Ratspräsidentschaft getroffen wurden, eingehalten werden. Die CSV wird sich dafür einsetzen, dass bereits gemachte Fortschritte im Bereich der Kohärenz der Politiken und der nachhaltigen Entwicklung fortgesetzt und vertieft werden.
LSAP			x	Die Frage wurde in unseren internen Parteigremium noch nicht ausführlich erörtert. Zudem müsste an erster Stelle genauestens geklärt sein, wie diese zusätzlichen finanziellen Mittel konkret eingesetzt werden könnten. Die LSAP hält – auch in Zeiten von Wirtschaftsrezession – am Entwicklungshilfeziel von 1% des BSP fest.
DP	x			
Déi Gréng	x			
ADR	x			Eine klimafreundliche Energieversorgung muss allerdings ohnehin bei der Entwicklungshilfe ganz oben stehen.
Déi Lénk	x			"Anpassung gegen Klimawandelfolgen*", "Hilfe zum Schutz gegen Katastrophen" sind bereits Reparaturmaßnahmen und somit das Eingeständnis dramatischer Fehlentwicklungen. Es gibt also eine finanzielle Bringschuld. Das Verhältnis des Nordens zum Süden sehen wir im Kontext einer zu schaffenden gerechten Weltordnung, die ökonomische, soziale, politische Gerechtigkeit, also "Verteilungsgerechtigkeit" impliziert. Es geht also nicht nur um finanzielle Beiträge, sondern um das Infragestellen der kapitalistischen Weltordnung. * "anpassen gegen" gibt's nicht, weder sprachlich noch inhaltlich. Es handelt sich tatsächlich um eine Anpassung an die Klimawandelfolgen. Das sollte man sich eingestehen, auch wenn es weh tut.

Themenbereich 4: Ausstieg aus dem Treibstoffexport

Ist Ihre Partei dazu bereit, gezielte Massnahmen bezüglich des Ausstiegs aus dem Treibstoffexport und damit verbunden der Entwicklung alternativer, nachhaltiger Mechanismen zur Finanzierung des Staatshaushalts zu entwickeln und umzusetzen?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			Luxemburg wird schrittweise die Akzisen innerhalb der europäischen Bestimmungen anheben.
LSAP	x			Einen wesentlichen Beitrag zur Senkung von Energieverbrauch und CO ₂ -Emissionen muss der Transportsektor leisten. Unsere Emissionsinventare unterstreichen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr seit 1990, dem Basisjahr des Kioto-Protokolls zwischenzeitlich weiter angestiegen war, während er im Industriesektor seither gesunken ist. Der Transportsektor stellt heute über 55 Prozent der gesamten CO ₂ -Emissionen dar, bedingt auch durch Transitverkehr, Berufspendler und die Treibstoffpreisdifferenzen zu unseren Nachbarländern. 2007 konnte bei den CO ₂ -Emissionen im Transportsektor dank der ehrgeizigen Klimaschutzpolitik der Sozialisten erstmals eine Trendwende verbucht werden. Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf die konsequente Förderung des öffentlichen Transports, die Einführung des „Kioto-Cent“ bei Benzin und Diesel, die 750-Euro-Prämie beim Erwerb eines energiesparenden neuen Autos, die CO ₂ -bezogene Autosteuer und die Verschrottungsprämie für Altwagen zurückzuführen. Die Sozialisten sind der Meinung, dass weitere Schritte folgen müssen. Ein Teil der Einnahmen aus den Akzisen sollte schrittweise für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Zu diesem Zweck wurde 2005 ein Klimaschutzfonds eingerichtet.
DP	x			Raus aus der Tanktourismusfalle. Die DP wird einen virtuellen Ausstieg aus dem Tanktourismus durchführen. Das heißt, in Zukunft werden in den öffentlichen Haushalten keine zusätzlichen Ausgabenposten auf den Einnahmen des Tanktourismus aufgebaut werden bzw. die Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen von den Einnahmen des Tanktourismus nach und nach abgebaut werden.
Déi Gréng	x			Siehe Themenbereich 1
ADR	x			Langfristiges Ziel, aktuell durch einen zu erwartenden gewaltigen Einbruch bei den Staatseinnahmen nicht umsetzbar.
Déi Lénk	x			Es handelt sich um ein fettes Import-Export-Geschäft. Der Ausstieg aus dem „Tanktourismus“ ändert direkt kaum etwas an der Ausstoßbilanz der Großregion. Indirekt aber fördert er den Umstieg auf kollektive Transportmittel, sofern sie vorhanden sind. Der Ausstieg stärkt auch die Glaubwürdigkeit des Ausbaus dieser umweltfreundlichen Transportmittel und trägt zu einem Mentalitätswandel in dieser Frage bei.

Themenbereich 5: Energiesparen, Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung müssen zur Priorität werden

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, eine detaillierte Analyse der Treibhausgasreduktions- und Energieeffizienzpotentiale in allen Sektoren (Industrie, Handwerk, Handel, Haushalte, Transport, Landwirtschaft etc.) umgehend durchzuführen und auf deren Grundlage geeignete Aktionspläne und Massnahmen in allen Sektoren in die Wege zu leiten ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ergänzende Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			Es gibt derzeit schon nützliche Instrumente (Reglemente), es heisst nun, sie auch anwenden.
LSAP	x			
DP	x			
Déi Gréng	x			
ADR	x			Allerdings ist bereits viel an Zahlenmaterial erstellt worden. Wichtiger wäre ein Aktionsplan, wie man es fertigbringt, mit den bestmöglichen Technologien möglichst schnell und viel an Einsparungen zu erreichen.
Déi Lénk	x			Diese Haltung unterstützen wir unbedingt. Die Analyse der Potenziale schafft erst Appetit auf Innovation. Sie zeigt auf, dass dies nicht allein eine ökologische Frage ist, sondern auch eine finanzielle und eine technologische Herausforderung, der sich das Land stellen muss - auch im Sinne der wirtschaftlichen Diversifizierung und dem Schaffen neuer Kompetenzen.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“ nach einem landesweiten Programm zur dezentralen Energieversorgung?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			und zwar auf der Ebene der Windparks, der Biomasse (Holz), Blockheizkraftwerke (co-génération) und solare Anlagen
LSAP			x	Grundsätzlich kann die LSAP diese Idee unterstützen. Allerdings stellt eine dezentrale Energieversorgung eine große technische Herausforderung dar und muss im Vorfeld erörtert werden. Lokal handeln und national koordinieren, heißt die Devise.
DP	x			
Déi Gréng	x			Voraussetzung dafür ist eine aktive Rolle der Gemeinden im Energiebereich. Jedoch wird eine solche Rolle zur Zeit vor allem vom Innenministerium in Frage gestellt: siehe Nahwärmenetze, siehe Beteiligungen an Energieproduktionsfirmen, etc..
ADR	x			Wir sind für einen konkreten Aktionsplan, mit klaren Vorgaben, wieviel wann umzusetzen ist.
Déi Lénk	x			Dezentrale Energieversorgung macht Kriege für Erdöl (wie z. B. Bushs Irak-Krieg) obsolet. Es ist durchaus möglich, Anreize für dezentrale Produktions- und Verteilungsanlagen auf kommunaler, interkommunaler oder regionaler Ebene zu schaffen. Das bedingt, dass das Newco-Abenteuer beendet wird, noch bevor es begonnen hat. Dieses Projekt geht in die genau entgegengesetzte Richtung: Unterwerfung unter die großen profitorientierten Konzerne, Zulieferung aus den Atomkraftwerken und anderen Megazentralen, Privatisierung der Netze. Déi Lénk treten für eine sofortige Verstaatlichung und/oder Kommunalisierung aller Netze ein.

Themenbereich 6: Paradigmenwechsel bei den erneuerbaren Energien notwendig

Unterstützt Ihr Partei die Forderung von „Votum Klima“, die Erschliessung der vorhandenen erneuerbaren Energien-Potentiale in Luxemburg proaktiv durch effektive und kohärente Programme zu fördern, mit konkreten Zielvorgaben und gezielten Maßnahmen, wie diese Potentiale erschlossen werden können (z.B. attraktivere Förderprogramme, attraktivere Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbaren Quellen, obligatorischer Einsatz von Solarthermie im Neubaubereich, Erweiterung der kommunalen Kompetenzen etc.) ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			
LSAP	x			Das von den Sozialisten forcierte Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien hat Luxemburg nach vorne gebracht und wird Arbeitsplätze schaffen. Die LSAP wird diese Politik mit Nachdruck weiterführen, da Luxemburg sich verpflichtet hat, seinen Anteil an erneuerbarer Energie bis 2020 auf 11 Prozent zu steigern, gegenüber 1 Prozent im Jahr 2005. Die Sozialisten wollen das Potenzial, das uns derzeit in Form von Wind- und Wasserkraft, Solarenergie, Erdwärme und Biomasse zur Verfügung steht, voll ausschöpfen. Darüber hinaus werden sie die Einspeisevergütung verbessern und alte Windkraftanlagen durch neue, leistungsfähigere ersetzen. Die besten Standorte sollen optimal genutzt werden.
DP	x			Luxemburg hat sich dazu verpflichtet, die im Kiotovertrag enthaltenen CO2-Minderungsziele zu erreichen und den von der EU geforderten Ausbau der erneuerbaren Energien zu verwirklichen. Die DP steht zu diesen internationalen bzw. europäischen Verpflichtungen und besteht darauf, dass sie eingehalten werden. Eine Diskussion über die Richtigkeit von Zielen und Quoten wäre verfehlt. Luxemburg muss jedenfalls seine Hausaufgaben machen. Deshalb fordert die DP, dass die politischen Zielsetzungen dieser Prämisse Rechnung tragen, ohne dass man sich in sterile Diskussionen über Sinn und Unsinn bzw. über den Preis und Mehrpreis von erneuerbaren Energien (EE) oder Energieeffizienz verheddert.

Déi Gréng	x			<p>Die Nutzung der erneuerbaren Energien muss durch eine proaktive Rolle des Staates gefördert werden, wobei sowohl wirtschaftliche als auch praktische Aspekte eine Rolle spielen. Die erheblichen technischen Potentiale müssen schneller als vorgesehen ausgenutzt werden. Dafür sind verbesserte staatliche Rahmenbedingungen nötig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten eine Baupflicht für Solarkollektoranlagen (Warmwasser!) bei Neubau und bei Renovierung von Altbauten einzuführen (Bsp. Marburg). - Photovoltaik-Freiflächennutzung darf nicht als Tabu erklärt werden. - Ein ‚Plan sectoriel énergie éolienne‘ muss erstellt und umgesetzt werden. - Die Kriterien zur Förderung der Biomasse müssen überarbeitet und nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten gestaltet werden. - Um eine wirtschaftliche Nutzung weiterhin zu gewähren, sind die finanziellen Anreize gegebenenfalls zu erhöhen. Finanzierung über den ‚Fonds de compensation‘. Die Speisung dieses Fonds durch die Großverbraucher von Strom muss angepasst werden. - Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Information, Grund- und Weiterbildung sowie der angewandten Forschung unternehmen. <p>Reduzierte TVA für erneuerbare Energien: Spielräume ausnutzen. Luxemburg schöpft im Bereich der Mehrwertsteuer-Reduzierungen nicht den ganzen Spielraum aus, den die EU-Direktive bietet. So könnte z.B. Holz, das als Hackschnitzel oder Pellets zu Heizzwecken genutzt wird, anstatt mit 12%, mit dem reduzierten TVA-Satz von 5% besteuert werden. Dies wurde jedoch noch im April 2007, aufgrund einer parlamentarischen Anfrage von Henri Kox, von der Regierung abgelehnt. (Erschwerend für den Luxemburger Pelletshandel: Pelletslieferungen aus Deutschland werden nur mit 7-9% TVA belastet). Hohe TVA Sätze gelten ebenfalls bei der Montage von Photovoltaikanlagen und für die Lieferung von Wärme aus einem Nahwärmenetz (im Gegensatz zu Strom und Gas, die nur mit 6% TVA belastet werden)</p>
ADR	x			
Déi Lénk	x			

Themenbereich 7: Handlungsfähige Strukturen schaffen

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“ nach einer Schaffung eines Zukunftsministeriums „Nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt“ sowie die Forderung, dass Klimaschutz in Zukunft in allen relevanten Ministerien eine stärkere Rolle spielen muss?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV		x		Es obliegt der Regierung ihre eigenen Organisationen vorzunehmen.
LSAP			x	Die LSAP teilt die Ansicht von „Votum Klima“, dass die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt eng verbunden sind und sinnvoll in einem „Zukunftsministerium“ zusammengeführt werden können. Dennoch sind auch andere, gleichwertige Konstellationen denkbar, so dass die LSAP sich bereits vor den Wahlen einseitig festlegen möchte, welche Ressorts in der künftigen Regierung zusammengelegt werden sollten. Am wichtigsten scheint für die LSAP eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, bzw. zwischen einzelnen Verwaltungen. Nur so kann die politische Kohärenz gewährleistet werden.
DP	x			Alle Ministerien und Verwaltungen müssen ran. Ein Nachhaltigkeitsministerium bzw. ein Superministerium macht ob der vielen politisch zu berücksichtigenden Aspekte wenig Sinn, um eine kraftvolle Nachhaltigkeitspolitik zu gestalten. Alle Ministerien müssen sich einer Nachhaltigkeitspolitik verschreiben. Dies ist bisher nur theoretisch der Fall in Luxemburg gewesen. Auch die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ministerien, die interministerielle „Task force“ konnten bisher nur wenige Impulse weitergeben. Die oben genannten Vorschläge (fiche d’impact, peer review, wissenschaftlicher Beistand,...) würden sicherlich dazu beitragen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke Eingang in alle Ministerien und Verwaltungen finden würde.
Déi Gréng	x			Aus unserem Walprogramm: déi gréng werden: - die Kompetenzen für Klimaschutz, Energie und Umwelt in einem Ministerium zusammenführen. Dadurch wird eine stärkere Verknüpfung von Umweltpolitik, Energiepolitik und Klimaschutz gefördert und eine bessere Zusammenarbeit der entsprechenden Akteure gewährleistet
ADR	x			Es stellt sich allerdings die Frage, wie Letzteres erreicht werden kann.
Déi Lénk	x			Eigentlich dürfte es auch keine Trennung Ökologie-Ökonomie in der Struktur der staatlichen Machtzentralen geben. Da das Wirtschaftsministerium direkt unter dem Einfluss der Lobbies steht, hätte es aber unter den bestehenden Machtverhältnissen eine abbremsende Funktion.

Unterstützt Ihre Partei eine Stärkung der Gemeinden, im Sinne einer wirklichen Partnerschaft, beim nationalen Klimaschutz?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			
LSAP	x			
DP	x			Alle Gemeinden als Partner aktiv einbinden. Die DP stellt fest, dass Umwelt- und EE-Politik sehr unterschiedlich in den Gemeinden betrieben wird. Viele Gemeinden leisten eine regelrechte Vorreiterrolle im Bereich einer aktiven Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Allerdings vieles hängt eben vom Willen der Gemeindeführung ab, wobei Klimaschutzpolitik von nationaler Bedeutung ist. Die DP plädiert deshalb für eine gleichmäßig aktive Klimaschutzpolitik in allen Gemeinden, die den nationalen Zielsetzungen entspricht. Vor diesem Hintergrund möchte die DP die Gemeindeaufgaben und Zielsetzungen zusammen mit den Gemeinden neu definieren bzw. das Gemeindefinanzierungssystem und die Verteilungsschlüssel neu definieren, so dass die Gemeinden ihren umweltpolitischen Aufgaben besser gerecht werden können.
Déi Gréng	x			Siehe Themenbereich 5
ADR	x			Mehr Autonomie, auch durch Beteiligung oder Initiation von konkreten Projekten
Déi Lénk	x			Unbedingt ja. Die Gemeinden sind näher an der Bevölkerung, mobiler in ihren Entscheidungen und haben bereits eine Reihe von Vorentscheidungen getroffen (Klimaschutzgemeng, Beratungen für Energieeffizienz in Haushalt und Bau...).

Unterstützt Ihre Partei die Einführung einer „Fiche technique Climat“ ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Die konkrete Machbarkeit ist schwierig, ausserdem muss unnötiger administrativer Aufwand vermieden werden.
LSAP	x			
DP	x			Impakt jeder Gesetzesnovelle auf Nachhaltigkeit messen. Jede Gesetzesnovelle sollte in Zukunft von einer "fiche d'impact relative au développement durable" begleitet sein, um Aufschluss über die Nachhaltigkeitsaspekte der Novelle zu geben.
Déi Gréng	x			Ausführliche Stellungnahme Aus unserem Walprogramm: déi gréng werden: - ein nationales „Klimaschutz-Observatorium“ einrichten, bei dem öffentliche Projekte und Entscheidungen auf ihre Klimarelevanz getestet werden.
ADR	x			Mit der Einschränkung, dass es sich auf Projekte bezieht, wo eine solche F.T.C. auch sinn macht.
Déi Lénk	x			Als Gegenargument wird (wie jetzt eben wieder unter dem Druck der Wirtschaftskrise) die Vervielfachung verwaltungsmäßiger Hürden angeführt werden. Dieses Argument darf nicht gelten. Mit besseren, elektronischen Genehmigungsprozeduren kann man schnelle Entscheidungen herbeiführen, auch wenn das Spektrum der Kriterien erweitert wird.

Themenbereich 8: Ausbau des öffentlichen Transports, kohärente Landesplanung und nachhaltige Mobilität

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, dass der sektorielle Plan „Transport“, seine Umsetzung sowie Abgleichung mit den anderen sektoriellen Plänen zu einer Priorität der nächsten Regierung wird?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			
LSAP	x			Ehe zusätzliche sektorielle Planungen durchgeführt werden, sollten prioritär die vorliegenden Projekte in eine endgültige Fassung gelangen und umgesetzt werden.
DP	x			Investitionen in öffentlichen Transport endlich verwirklichen. Die DP wird dem öffentlichen Transport absolute Priorität einräumen und mit Ausnahme der geplanten Umgehungsstraßen einiger Dörfer und Städte keine neuen Straßenbauprojekte bis zur vollständigen Realisierung des Konzepts „Mobilitéit.lu“ bzw. „Mobil 2020“ planen. Die DP wird diese Projekte zügig vorantreiben. Das bedeutet, dass die im Bereich der Landesplanung vorgesehenen sektoriellen Pläne (plan sectoriel „transport“, plan sectoriel „paysage“) schnellstmöglich aufeinander abgestimmt und möglicherweise notwendige Kompensationsmaßnahmen von Anfang an vorgesehen werden müssen.
Déi Gréng	x			Die sektoriellen Pläne müssen unserer Meinung nach auch unter den Aspekten und Zielen des Klimaschutzes, der Erhaltung der Biodiversität sowie den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung betrachtet und angepasst werden.
ADR		x		Die ADR ist grundsätzlich mit dem Ausbau und der Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Transports einverstanden, allerdings mit Teilen des aktuellen Infrastrukturprogramms nicht einverstanden, z.B.: der Trambahn. Dagegen sind wir für den Bau eines City-Tunnels für die Eisenbahn mit unterirdischen Haltestellen.
Déi Lénk	x			In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass nicht lokal- oder nationalborniert gedacht wird. Der Wirtschaftsraum Luxemburg ist größer als das nationale Territorium. Die Verkehrsplanung muss daher auch die Grenzregionen umfassen. Ein Beispiel: den 150.000 Grenzgängern kann nicht zugemutet werden, dass sie für einen Weg zur Arbeit drei verschiedene Transportmittel benutzen, also etwa Auto-Bahn-Tram/Bus. Auch beim hauptstädtischen Tramprojekt gibt es schwere Mängel, was die Anbindungen betrifft, weil die Methode des BTB-Projekts nicht durchgreifend angewandt wurde.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, dass in Zukunft bei staatlichen Planungen dem öffentlichen Transport der Vorrang eingeräumt wird und dass budgetär die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie die sanfte Mobilität Vorrang vor dem Individualverkehr haben muss?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Wohlwissend dass die Krise ihren Niederschlag in der Budgetpolitik finden wird, soll der Ausbau der Infrastrukturen (und besonders auch jenen des öffentlichen Transports) eine Priorität der Regierung sein
LSAP	x			Die LSAP unterstützt diese Forderung absolut. Die Sozialisten werden das 2007 vorgelegte Gesamtkonzept „mobil 2020“ konsequent umsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf den grenzüberschreitenden öffentlichen Transport richten. Die LSAP will die Grenzregionen durch entsprechende Angebote besser an den Wirtschaftsstandort Luxemburg anbinden. Dazu gehört die Umsetzung des von Sozialisten vorangetriebenen Mobilitätskonzepts für Luxemburg und Lothringen, die TGV-Anbindung an Straßburg, die Modernisierung des Streckenabschnitts Luxemburg-Kleinbettingen im Rahmen des Eurocap-Rail-Projekts sowie eine bessere Anbindung an Koblenz und Saarbrücken. Insgesamt soll auch der Informationsfluss über das Gesamtangebot im öffentlichen Transport verbessert werden. In diesem Kontext schlagen die Sozialisten die Schaffung eines Verkehrsverbundes und die Einrichtung einer Mobilitätszentrale der Großregion vor. Erklärtes Ziel ist eine Harmonisierung der Fahrpläne und eine attraktive Tarifstruktur für den grenzüberschreitenden Verkehr. Daneben spricht sich die LSAP für den Ausbau von Auffangparkings an den und jenseits der Landesgrenzen, in unmittelbarer Nähe zu Zug- und Busbahnhöfen aus. Darüber hinaus wird die LSAP das Mobilitätskonzept „mobil 2020“ bis zum Planungshorizont 2030 auf der Grundlage eines aktualisierten IVL fortschreiben. Auch im Infrastrukturbereich wollen die Sozialisten klare Prioritäten zugunsten eines schienengebundenen Transportangebots setzen. Die Peripherie-Bahnhöfe Howald, Cessange und Kirchberg/Luxexpo werden verwirklicht, der Bahnhof Dommeldange ausgebaut und der Bahnhof Belval/Universität fertiggestellt. Daneben werden die Sozialisten die Bahnstrecke Belval/Universität-Belval/Mairie-Oberkorn in Angriff nehmen. Das gleiche gilt für die Neugestaltung des Ettelbrücker Bahnhofs und des Hauptbahnhofs in Luxemburg-Stadt. Das Areal der jetzigen CFL-Werkstatt muss in die Neugestaltung einbezogen werden. Weitere sozialistische Prioritäten sind die Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Luxemburg-Petingen, der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke (an erster Stelle der Streckenabschnitte Clerf-Ulflingen und Ettelbrück-Goebelsmühle), soweit dies möglich ist und die weitere Attraktivitätssteigerung auf dem Abschnitt Ettelbrück-Diekirch. Darüber hinaus will die LSAP die Neubaustrecke Hauptbahnhof-Kirchberg via Findel vorantreiben und die Arbeiten am neuen Viadukt Pulvermühle fertigstellen.
DP	x			

Déi Gréng	x			In den Gemeinden, in denen Politiker von déi gréng in der Verantwortung sind, haben wir bereits einige konkreten Erfolge zu verzeichnen.
ADR	x			Wichtig ist aber nicht so sehr die investierte Summe, sondern, dass in das richtige Konzept investiert wird. Die Tram würde zwar viel Geld kosten, aber wenig zur Verbesserung des ÖPNV beitragen.
Déi Lénk	x			Unbedingte Zustimmung.

Themenbereich 9: Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen sozialverträglich gestalten

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, neue Finanzierungs- und Steuerinstrumente zu schaffen, um allen Mitbürgern ein klimafreundliches und sozialgerechtes Wohnen zu ermöglichen (z.B. durch staatliche Kredite ohne Verzinsung, Abschreibungsmöglichkeiten oder Steuerkredite für Vermieter, Gratisberatung sowie gezielte Beihilfen für finanziell Minderbemittelte etc.) ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Bei der Gestaltung der öffentlichen Unterstützungsinstrumente wird die CSV weiter auf den sozialen Ausgleich achten
LSAP	x			Der Gebäudebereich gehört zu den wichtigen Handlungsfeldern im Klimaschutz. Der größte Teil des Energieverbrauchs der Privathaushalte (abgesehen vom Individualverkehr) entfällt auf das Heizen und die Warmwasserzubereitung. In diesem Bereich gibt es enorme Einsparpotenziale. Die Wärmeschutzverordnung garantiert, dass bei Neubauten zufriedenstellende Mindeststandards für Energieeffizienz eingehalten werden. Die LSAP will Projekte, die über die gesetzlich vorgeschriebene Norm hinausgehen, auch weiterhin finanziell unterstützen. Die Sozialisten wollen das Förderprogramm zur Altbausanierung entsprechend ausbauen. Gefördert werden alle Maßnahmen, mit denen das Neubau-Niveau der Wärmeschutzverordnung erreicht wird. Diese zusätzliche Maßnahme wird nach sozialen Kriterien gestaffelt und sieht u.a. ein zinsgünstiges CO ₂ -Darlehen vor.
DP	x			Altbausanierungsprogramm von 2009 bis 2020. Die DP wird ein Gebäudesanierungsprogramm gemeinsam mit allen Beteiligten (Handwerk, OAI usw.) starten, das sich über mehrere Jahre erstreckt und bis zum Jahr 2020 zum Abschluss kommt. Das Problem bei der Gebäudesanierung besteht darin, dass die kurzfristig anfallenden Kosten hoch sind, während die Amortisierungsperioden eher lang sind. Allerdings sind die CO ₂ -Einspareffekte sehr hoch. Die DP möchte deshalb die investitionswilligen Bürger mit großzügigen und sozial selektiven Förderprogrammen unterstützen. Keine Energiesteuer, stattdessen neue Finanzierungskonzepte für die Menschen. Die DP wird mittels „Energiespar- Contracting“ und einer Klimabank die Investitionen der Bürger in eine energiebewusste Altbausanierung oder die Nutzung von erneuerbaren Energien vorfinanzieren. Die Haushaltskasse der Bürger wird kaum bzw. überhaupt nicht zusätzlich belastet. Die DP wird zum jetzigen Zeitpunkt keine Energiesteuer einführen. Sie würde die Haushalte belasten, ohne der Umwelt zu nutzen. Die DP wird den Bürgern die neuen Förderprogramme auf unkomplizierte Art und Weise zugänglich machen. Anträge werden innerhalb von drei Monaten bearbeitet. Raus aus der Ölpreisfalle: Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. (siehe Kapitel „Wohnen“) Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt jährlich bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Energieeinsparungspotenziale ermitteln und konkrete Sanierungsmaßnahmen (z.B. Dämmung, thermische Solaranlage,...) zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren.

Déi Gréng	x			Auch in diesem Bereich haben unsere Politiker in mehreren Gemeinden Pionierarbeit geleistet, die jedoch im Innenministerium nicht immer die nötige Unterstützung fand, ja sogar schlicht abgelehnt wurde: siehe in Beckerich die Verbindung von Einkellerungsprämie mit Energieberatung und Energieeinsparungen.
ADR	x			Absolut einverstanden; insbesondere zinsfreie Darlehen müssen es möglich machen, bestmögliche Standards umzusetzen.
Déi Lénk	x			Dieses Thema hat eine Sonderstellung in allen Programmen von déi Lénk, da die Frage der Umverteilung bei uns immer im Mittelpunkt steht. Umverteilung geschieht nicht nur im Arbeitsprozess durch ungerechte Verteilung des Reichtums sondern auch in der Steuer- und Gebührenpolitik. Die Erhöhung der Gemeindegebühren, die die CSV-LSAP-Regierung erst angemahnt hatte, dann wieder abbremsen wollte, hat die soziale Ungleichheit weiter erhöht. Wir lehnen das Kostendeckungsprinzip ab. Die Mehrwertsteuer ist eine ungerechte Steuer, weil sie der Einkommenssituation nicht Rechnung trägt. Die Staffelung verschiedener Gebühren nach sozialen Kriterien wäre eine Lösung.

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass im Laufe der nächsten Legislaturperiode schnellstens eine speziell mit diesem Thema befasste Arbeitsgruppe eingesetzt wird, deren Ziel es ist zu analysieren, welche Sektoren am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und Lösungen zu entwickeln, damit eine Beschäftigungskrise in bestimmten Berufssparten vermieden werden kann?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			
LSAP	x			
DP	x			
Déi Gréng	x			Wir unterstützen das Einsetzen einer Arbeitsgruppe oder eines ‚Runden Tisches‘ und werden dabei auch eigene Vorschläge einbringen, um den betroffenen Sektoren den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsform zu erleichtern. Z.B. möchten wir in verschiedenen Sektoren von einer Arbeitsplatzgarantie zu einer Beschäftigungsgarantie übergehen. Die Überbrückung zwischen den bezahlten Arbeitsverträgen könnte durch eine neue Solidaritätsabgabe finanziert werden.
ADR	x			Allerdings werden große Verschiebungen nicht vermeiden lassen. Ohne erhebliche Anstrengungen auf dem Gebiet der Ausbildung und Umschulung wird das Ziel nicht zu erreichen sein.
Déi Lénk	x			Wir warnen aber auch von einer weiteren Desindustrialisierung und einer Spezialisierung der Volkswirtschaft auf Dienstleistungen, die alle anderen Volkswirtschaften auch haben möchten. Die Einführung strengerer ökologischer Normen in der Industrie, das Durchsetzen dieser Normen auf europäischem und internationalen Plan ist die Lösung, nicht das Ausbluten der Industriestandorte und die Auswanderung der Industrie in Regionen, wo die sozialen und ökologischen Normen noch viel schlechter oder gar inexistent sind.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, gezielt die Schaffung sogenannter „Green Jobs“ zu fördern?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV	x			
LSAP	x			Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Hohe Umweltstandards garantieren den Einsatz modernster Technik. Der Sektor der Umwelttechnologien ist für die LSAP ein Wirtschaftszweig der zielstrebig gefördert und ausgebaut werden muss.
DP	x			Altbausanierungsprogramm von 2009 bis 2020. Die DP wird ein Gebäudesanierungsprogramm gemeinsam mit allen Beteiligten (Handwerk, OAI usw.) starten, das sich über mehrere Jahre erstreckt und bis zum Jahr 2020 zum Abschluss kommt. Das Problem bei der Gebäudesanierung besteht darin, dass die kurzfristig anfallenden Kosten hoch sind, während die Amortisierungsperioden eher lang sind. Allerdings sind die CO2-Einspareffekte sehr hoch. Die DP möchte deshalb die investitionswilligen Bürger mit großzügigen und sozial selektiven Förderprogrammen unterstützen.
Déi Gréng	x			
ADR	x			Der Sektor der erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz ist einer der wichtigsten und vielversprechendsten Sektoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen.
Déi Lénk	x			

Themenbereich 10: Den Finanzplatz Luxemburg zum Motor für eine nachhaltige Entwicklung umgestalten

Unterstützt Ihre Partei die Forderung von „Votum Klima“, dass die künftige Regierung Maßnahmen bzw. Initiativen entwickelt und ergreift, damit der Finanzplatz Luxemburg seine Verantwortung beim Klimaschutz übernimmt (u.a. durch eine formelle Verpflichtung zur Orientierung und Ermutigung des Finanzplatzes Luxemburg im Sinne der Entwicklung einer kohärenten Klimapolitik, durch die Verpflichtung zu Transparenz und Reporting hinsichtlich der indirekten CO2-Emissionen, durch steuerliche Mechanismen zur Erleichterung der Einführung neuer Bankprodukte entwickeln, die es den Banken ermöglichen, ihre Politik zur Verwaltung der Investmentfonds neu zu orientieren und in Einklang mit der Bekämpfung des Klimawandels zu bringen) ?

	ja	nein	weder „ja“ noch „nein“	Ausführliche Stellungnahme der Partei
CSV			x	Die CSV unterstützt den Finanzplatz bei seiner Ausrichtung nach Nachhaltigkeitsprinzipien, wohlwissend, dass die Finanzplatzakteure eigenverantwortlich handeln
LSAP	x			Bereits heute bieten verschiedene Banken Kredite zu vergünstigten Bedingungen an, wenn damit die Sanierung eines Altbaus, der Bau eines Passivhauses oder ähnliche Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs finanziert werden. Die LSAP will ähnliche Initiativen auch in Zukunft anregen und unterstützen. Gleichzeitig soll das Angebot und die Information über ethische Fonds gefördert werden. Die Vermarktung von sogenannten „Ethikfonds“ und „Umweltfonds“ könnte ein neuer Pfeiler der Finanzfonds-Industrie in Luxemburg werden.
DP	x			

Déi Gréng	x			<p>Hier sind unsere Wege für eine Neuorientierung des Finanzplatzes Luxemburg:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Attraktive Refinanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen schaffen, die sich einem zuvor festgelegten Nachhaltigkeitskatalog verpflichten. Daraus entstünden neue Produkte und Arbeitsplätze. • Luxemburger Anlegern einen Vorteil einräumen, wenn sie die Bereitschaft aufbringen, ihre Ersparnisse in den Kauf eines Social-Responsible-Investment-Fonds (SRI) anzulegen (vergleichbar zur Rentenversicherung). Im Umkehrschluss „klassische“ Fonds mit der Quellensteuer belegen. • Schaffung eines gesonderten Forschungssegmentes an der Universität Luxemburg, so dass Luxemburg ein „Know How“ im nachhaltigen Investment aufbaut und zu einer Referenzadresse wird. • Der Fondindustrie „incentives“ bieten, so dass Luxemburg ebenfalls vom Nachfragewachstum nach RI Anlagen in unseren Nachbarländern profitiert. • Pensionsfonds müssen 5% in SRI-Produkte investieren. Bei den angelegten Reserven der öffentlichen Pensionskassen sollen mindestens 10% in nachhaltige Produkte einfließen. • Ausländischen Kunden neue Produkte, transparente Gebührenstrukturen und innovative Anlagekonzepte unterbreiten, so dass der Finanzplatz nicht mehr vornehmlich auf die Abhängigkeit von Steuervorteilen und Bankgeheimnis angewiesen ist. • Einen Qualitätslabel für SRI-Produkte schaffen, nach dem Modell des Lux-Flag-Labels für Micro-Finance-Produkte. • Die aktuelle internationale Diskussion um das Luxemburger Bankgeheimnis nicht ängstlich verfolgen, wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange, sondern offensiv handeln. Der Finanzplatz braucht, unabhängig vom Konzept „Bankgeheimnis“, einen strategischen Plan und ein Programm, der den Kunden weiterhin „Vertraulichkeit“ und „Schutz der Privatsphäre“ garantiert, im Gegensatz zum „gläsernen Kunden“ der zum Beispiel in Deutschland gewünscht wird.
ADR	x			

Déi Lénk	x		<p>Auf den Titel und auch auf den ersten Abschnitt können wir mit einem klaren Ja antworten.</p> <p>Zum 2. Abschnitt möchten wir noch einmal klargestellen, dass steuerliche Konstruktionen, die sich um den Handel mit Emissionszertifikaten drehen, abzulehnen sind. Auch die Entwicklung neuer „Bankprodukte“ ist mit Vorsicht zu genießen; sie hat in der rezenten Vergangenheit jegliche Transparenz unmöglich gemacht und vor allem den Handel mit faulen Krediten in großem Stil ermöglicht - mit den bekannten Konsequenzen. Die steuerliche Bevorteiligung einzelner Produkte kann zu Steuerdumping führen, den wir ablehnen. Unter Berücksichtigung dieser Bedenken sind déi Lénk einverstanden mit einer steuerlichen Bevorteiligung ökologisch besonders wertvoller Investitionen.</p> <p>Es wird sich in den nächsten Monaten herausstellen ob eine weitere Existenz des weltweiten kapitalistischen Finanzsystems noch tragbar ist oder ob es nicht grundsätzlich in Frage zu stellen ist. Es ist denkbar, dass sowohl eine Lösung der Ernährungskatastrophe und der Armut als auch die ökologischen Rettung des Planeten nur über eine weltweite "Verstaatlichung" des Finanzsektors möglich ist, weil die Orientierung der Finanzmittel dorthin, wo sie vordringlich gebraucht werden, über ein privates Bankensystem unmöglich geworden ist. Somit würde sich die Frage der Neuorientierung des luxemburgischen Finanzsektors ganz anders stellen.</p>
-----------------	----------	--	---